

22. April 2013

Sobotka zur Wohnbauförderung in Niederösterreich

„Niederösterreich ist Wohnbau-Bundesland Nummer 1“

„In Niederösterreich ist der Wohnbau seit Jahren eine der wichtigsten Agenden und zentralen Positionen der Politik. Niederösterreich ist das Wohnbau-Bundesland Nummer eins“, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka heute, Montag, 22. April, im Zuge eines Pressegespräches zur NÖ Wohnbauförderung in Wien.

„Mit dem höchsten Durchsatz an Förderungen gibt es in Niederösterreich die meisten geförderten Wohnungen. Der Prozentsatz liegt in Niederösterreich bei 78 Prozent, im Österreich-Schnitt bei 64 Prozent. Auch der Anstieg der Förderzusagen im Jahr 2012 auf über 6.000 Wohneinheiten liegt deutlich über dem Österreich-Durchschnitt“, führte der Landeshauptmann-Stellvertreter aus und betonte dabei als wesentliche Merkmale des niederösterreichischen Wohnbaus, dass Wohnen ein soziales Grundrecht sei, dass sich der Wohnbau ökologisch orientieren müsse (zuletzt mit einem Minus von 23 Prozent an CO₂) und dass die Förderbereiche einfach und überschaubar sein müssten.

„In der letzten Legislaturperiode sind in Niederösterreich 130.000 Wohneinheiten gefördert worden, das Investitionsvolumen lag bei 2,5 Milliarden Euro. 30.000 Haushalte sind mit einem Wohnzuschuss unterstützt worden, pro Jahr werden 30.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. abgesichert“, so Sobotka.

Als neue Initiativen kündigte der Landeshauptmann-Stellvertreter neben dem Bereich des betreuten Wohnens auch das junge Wohnen für Paare unter 35 Jahren an, im ersten Jahr wird hier mit 1.000 Wohneinheiten gerechnet. Dazu will Sobotka auch „das Eigentum in jungen Familienhänden massiv unterstützen“.

Hinsichtlich der Leistbarkeit sagte der Landeshauptmann-Stellvertreter, nur die Nachfrage könne den Preis regulieren. „Mit 6 Euro pro Quadratmeter bzw. 8,5 Euro im Nahbereich von Wien zählt Niederösterreich im Wohnbereich zu den kostengünstigsten Ländern. Auch die Errichtungskosten im Einfamilienhauswohnbau liegen mit 1.400 Euro pro Quadratmeter um rund 1.000 Euro niedriger als in anderen Bundesländern“, so Sobotka, der abschließend auch weitere Maßnahmen der Deregulierung, ein faires Mietrecht u. a. forderte.

Nähere Informationen beim Büro LH-Stv. Sobotka unter 02742/9005-12221, Mag. (FH) Eberhard Blumenthal, e-mail eberhard.blumenthal@noel.gv.at.



NK Presseinformation